

Schweizerischer Städteverband
Union des villes suisses
Unione delle città svizzere



Jahresbericht 2022



Herausgeber

Schweizerischer Städteverband SSV
Monbijoustrasse 8, Postfach, 3001 Bern
Telefon 031 356 32 32
twitter: @staedteverband
info@staedteverband.ch
www.staedteverband.ch

Bilder

Rolf Siegenthaler, Bern

Layout

Atelier KE, Meiringen

Druck / Impression

Vögeli AG Marketingproduktion & Druck, Langnau



Höchster Standard für Ökoeffektivität.
Cradle to Cradle Certified™-Druckprodukte
hergestellt durch die Vögeli AG.
Bindung ausgenommen.

Cradle to Cradle Certified™
is a certification mark licensed by
the Cradle to Cradle Products
Innovation Institute.

Inhalt

Der SSV im Porträt	Seite 3
«Es gelingt uns, die Aufmerksamkeit auf die Städte zu lenken» Interview mit Anders Stokholm	Seite 4
Energie & Klima	Seite 8
Finanzen & Wirtschaft	Seite 10
Soziales & Bildung	Seite 14
Migrations- und Integrationspolitik	Seite 16
Mobilität & Verkehr	Seite 18
Stadtentwicklung	Seite 22
Kultur	Seite 24
Digitalisierung	Seite 26
Sicherheit	Seite 30
Öffentlichkeitsarbeit	Seite 32
Politische Interessenvertretung	Seite 35
Der Städteverband 2022	Seite 39
Netzwerk	Seite 38
Organe	Seite 40
Jahresrechnung	Seite 42
Mitglieder	Seite 45



21. Januar 2022

Der Aus- und Aufbau von Tagesschulen wird in vielen Städten vorangetrieben, deren Ausgestaltung ist jedoch sehr vielfältig. Die Städteinitiative Bildung bringt Licht ins Dunkel und veröffentlicht das Themenpapier zur ganz-tägigen Bildung und Betreuung in Schweizer Städten. Es soll die Städte unterstützen, ein für sie passendes Angebot zu entwickeln.

Der SSV im Porträt

Der Schweizerische Städteverband (SSV) vertritt die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden. Er ist damit die Stimme der urbanen Schweiz, in der rund drei Viertel der Schweizer Bevölkerung lebt und 84% der Wirtschaftsleistung erbracht werden.

Der SSV bietet seinen Mitgliedern diverse Dienstleistungen an: Er stellt Plattformen zur Vernetzung bereit, gibt Studien in Auftrag, versorgt die Mitglieder mit einer breiten Palette an Fachinformationen und informiert die Öffentlichkeit über urbane Themen und politische Positionen.

Politik

Der Schweizerische Städteverband vertritt die Interessen der Städte auf politischer Ebene. Die Bundesverfassung schreibt vor, dass der Bund besondere Rücksicht auf die Interessen der Städte und Agglomerationen nehmen muss. Der Städteverband ist deshalb ständiger Partner an den Vernehmlassungsverfahren des Bundes, pflegt einen engen und regelmässigen Kontakt zu den Behörden und nimmt in Expertengruppen sowie weiteren Gremien Einsitz. Er unterhält ein breites Netzwerk zu den Parlamentsmitgliedern, damit die Stimme der Städte auch in den Kommissionen, im National- und Ständerat gehört wird – zu allen Themen, die die Städte betreffen. Der SSV fasst regelmässig Abstimmungsparolen, wenn die Vorlagen für die Städte von Bedeutung sind.

Netzwerk: Politisch und fachlich

Der Städteverband pflegt nicht nur sein Netzwerk, sondern bietet seinen Mitgliedern zahlreiche Plattformen zur Vernetzung. In zahlreichen Sektionen, Kommissionen und Arbeitsgruppen kommen städtische Exekutivmitglieder oder Fachpersonen regelmässig zusammen, um gegenseitig von Erfahrungen zu profitieren, sich fachlich auszutauschen oder politische Positionen zu diskutieren.

Fachinformationen

Der Städteverband und seine Sektionen geben Studien in Auftrag, verfassen Merkblätter und Leitfäden, analysieren Praxisänderungen und deren Auswirkungen auf die Städte, diskutieren Best-Practice-Beispiele und greifen Themen auf, die den Städten unter den Nägeln brennen. Der fachliche Austausch mit all seinen Facetten findet auf Veranstaltungen oder in Arbeitsgruppen statt; die Themen werden über die vielfältigen Kommunikationskanäle den Mitgliedern zur Verfügung gestellt.

Ein grosser Verband mit Tradition

Der Städteverband wurde 1897 gegründet. 130 Städte sind Mitglieder (Stand 31. Dezember 2022). Präsident ist Anders Stokholm. Der Stadtpräsident von Frauenfeld trat 2022 die Nachfolge von Kurt Fluri, Nationalrat und langjähriger Solothurner Stadtpräsident, an. ♦

Interview mit Anders Stokholm, Präsident SSV

«Es gelingt uns, die Aufmerksamkeit auf die Städte zu lenken»

Die Rolle der Städte, die Siedlungsentwicklung und der Lärm, die Agglomerationspolitik, Umwelt- und Energiefragen – das sind nur einige von vielen Themen, die den Städteverband besonders beschäftigen. Und somit auch Anders Stokholm, 2022 neu gewählter Präsident des Städteverbandes. «Ich habe mich gerne zur Verfügung gestellt», sagt der Frauenfelder Stadtpräsident. «Der Städteverband ist ein wichtiger Dienstleister und ein wirksamer politischer Vertreter.»



Im August 2022 wurdest du als neuer Präsident des Städtverbandes gewählt. Was hat dich dazu bewogen, für dieses Amt zu kandidieren?

Ich habe mich sehr gerne zur Verfügung gestellt, weil der SSV ein wichtiger Dienstleister und national wirksamer politischer Vertreter für die Anliegen der Städte ist. Immer wieder habe ich bei Fragen, die auch Frauenfeld betreffen, feststellen müssen, dass die besondere Situation der Städte auf nationaler Ebene zu wenig beachtet wird. Dafür möchte ich als Präsident gerne meinen Beitrag leisten. Dank einer sehr professionell aufgestellten Geschäftsstelle ist auch gewährleistet, dass ich dies mit einem vertretbaren Mass an Zeitressourcen machen kann. Das SSV-Präsidentenamt ist also eine perfekte Ergänzung zu meinem Mandat bei der Stadt Frauenfeld.

Wie lautet dein erstes Zwischenfazit (Stand 31. Dezember 2022)?

Meine Erwartungen haben sich vollumfänglich erfüllt. Dank eines sehr aktiven und kollegial zusammenarbeitenden Vorstandes sowie einer sehr gut organisierten Geschäftsstelle gelingt es uns, die Aufmerksamkeit auf die Städte zu lenken. Die Bundesratswahlen boten dazu unverhofft Gelegenheit. Den Medien wurde die Problematik der Untervertretung der städtischen Schweiz in der nationalen Politik bewusst. Roger de Weck hatte dies ja bereits an der Jahresversammlung im August in seinem Jubiläumsreferat moniert und unter anderem ein «Haus der Städte» vorgeschlagen. Dies ist zwar nicht unser erster Ansatz, aber wir erarbeiten laufend Positionspapiere, die uns proaktives Handeln ermöglichen.

Mit welchen Argumenten überzeugst du eine/n Amtskollegen/-in, damit seine/ihre Stadt Mitglied beim SSV wird?

Zum einen mit den Dienstleistungen, die der SSV für seine Mitglieder erbringt. Sei es von der Geschäftsstelle aus, wie das Monitoring der nationalen Politik und das Erstellen von Positionspapieren, oder von den Sektionen aus, wie die Initiierung von Fachveranstaltungen. Zum anderen zeige ich ihnen auf, dass es einen Verband braucht, der sich für die spezifischen städtischen Anliegen auf nationaler Ebene einsetzt. Gerade in der Corona-Pandemie wurde deutlich, wie wichtig zwar die Umsetzung von Massnahmen in den Städten ist, wie wenig aber gerade diese Umsetzungsebene beim Entwerfen der Massnahmen zunächst einbezogen wurde. Als Verband können wir die Kräfte bündeln und mehr bewirken.

Du bist Stadtpräsident von Frauenfeld: Was können deine Kolleginnen und Kollegen aus anderen Städten von «deiner» Stadt lernen?

Natürlich findet jede Stadtpräsidentin und jeder Stadtpräsident die eigene Stadt in manchen Dingen vorbildlich. Bei Frauenfeld würde ich die Nähe der Exekutivmitglieder zur Bevölkerung, das hohe Mass

an Partizipation und die gezielte Unterstützung von privater Initiative hervorheben. Mit etwas Abstand darf ich aber realistischerweise auch sagen, dass wir ein gutes Abbild der Schweiz sind. Böse Zungen würden wohl eher von Durchschnitt reden, ich meine aber, Frauenfeld sei typisch schweizerisch.

Welches sind die wichtigsten und grössten Herausforderung der Städte, für die es Lösungen braucht?

2023 werden uns die Rolle der Städte in der Bundespolitik, Siedlungsentwicklungsthemen, Kultur, Sozialpolitik, Umwelt- und Energiefragen sowie Europa beschäftigen. Was die Rolle der Städte betrifft, so gilt es, unsere Kontakte zu nationalen Parlamentarierinnen und Parlamentariern, zur Bundesverwaltung, zur Konferenz der Kantonsregierungen und zum Schweizerischen Gemeindeverband so auszubauen und zu verstärken, dass wir uns jeweils noch besser einbringen können. Die Grundlagen für dieses Engagement müssen wir mit Positionspapieren legen, die fachlich und politisch breit abgestützt sind und uns ermöglichen, uns früh und hartnäckig für unsere Anliegen einzusetzen.

Welche Themen beherrschen die Siedlungsentwicklung?

In der Siedlungsentwicklung haben wir Ende 2022, Anfang 2023 mit unserem Positionspapier zu Stadtentwicklung und Lärm, Verdichtung und Tempo 30 für Aufsehen gesorgt. Gerade die Wohnungsknappheit wird diesem Thema noch mehr Schub verleihen. Zudem steht die Überarbeitung der Agglomerationspolitik auf Bundesebene an. Mit Fachveranstaltungen machen wir darauf aufmerksam, wie wichtig die Agglomerationsprogramme für die Lösung von Verkehrsfragen für die Städte und Agglomerationen sind.

Wie sieht es in der Kultur- und Sozialpolitik aus?

Mitte 2023 wird die Kulturbotschaft 2025–2028 des Bundesrates erwartet. Die Kultur wird von den Städten massgeblich mitfinanziert und spielt für das Zusammenleben eine grosse Rolle. Die Pandemie hat uns dies schmerzlich gezeigt. Bei der Sozialpolitik geht es 2023 um die Finanzierung der Kindertagesstätten, ein wichtiger Baustein in verschiedenster Hinsicht für die Städte.

Die Energie- und Klimafrage wird uns auch 2023 beschäftigen?

Umwelt- und Energiefragen bewegen uns, weil die Städte einerseits vom Klimawandel, andererseits von einer drohenden Energiemangellage besonders betroffen und hier nachhaltige Lösungsansätze dringend notwendig sind. Und das ungeklärte Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz wirkt sich negativ auf die tertiäre Bildung, Personalgewinnung und Exportwirtschaft aus. Städte als Standorte von Hochschulen und grosser Wirtschaftsunternehmen haben ein existentielles Interesse an einer Klärung. ♦



24. Februar 2022

Russland startet den Angriffskrieg in der Ukraine. Die Schweizer Städte und der Schweizerische Städteverband sind zutiefst schockiert und verurteilen die Invasion aufs Schärfste. In vielen Städten weht die ukrainische Flagge als Zeichen der Solidarität. Die Städte sorgten zudem rasch und unkompliziert für Unterbringungskapazitäten und Unterstützungsleistungen für Ukrainerinnen und Ukrainer, die flüchten mussten.



Energie & Klima

Die Städte sind dem Klimawandel besonders ausgesetzt und von den immer häufiger auftretenden Extremereignissen wie Hitzewellen, Starkregen oder Hochwasser stark betroffen. Sie setzten sich deshalb aktiv im Kampf gegen den Klimawandel ein und haben sich häufig selbst ambitionierte Ziele gesetzt. Unverzichtbar für eine nachhaltige Klimapolitik ist der Ausbau erneuerbarer Energien.

Energiemangellage

Die drohende Energiemangellage für den Winter 2022/2023 beschäftigte die Schweiz in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres; u.a. löste der Krieg in der Ukraine einen Versorgungsengpass von Gas in ganz Europa aus. Die Problematik hielt auch den SSV auf Trab. Er hat Einsitz im Steuerungsausschuss des Bundes, in dem die drei Staatsebenen und Akteure der Energiebranche die Lage auf politischer und strategischer Ebene beurteilen sowie die notwendigen Massnahmen diskutieren und koordinieren. Der Städteverband ist zudem Gründungsmitglied der «Energiespar-Alliance» und beteiligt sich aktiv an der Sensibilisierungskampagne des Bundes. Zudem brachte er sich u.a. in den Vernehmlassungen zur Verordnung über die Errichtung einer Winterreserve zu den Bewirtschaftungsmassnahmen im Gas- und im Strombereich ein.

Die Städte waren früh aktiv und nahmen von Anfang an ihre Verantwortung und Vorbildfunktion wahr. Der Städteverband erstellte gemeinsam mit seiner Energie- und Klimapolitischen Kommission (EKK, siehe Kasten) bereits im August eine Liste mit möglichen Energiesparmassnahmen. Dies bot den Städten eine Orientierungshilfe, die sie in ihren Sparbestrebungen unterstützte. Das Dokument fand nicht nur bei den Mitgliedern Anklang, sondern weckte auch das Interesse zahlreicher Medien, die über das rasche und effiziente Vorgehen der Städte berichteten. Die EKK tauschte sich im Herbst und Winter intensiv über die Lage aus. Der Städteverband hielt seine Mitglieder über die aktuellen Diskussionen auf allen Ebenen auf dem Laufenden und versorgte sie mit Fakten zur aktuellen Versorgungslage und weiteren relevanten Informationen.

Energie-Mantelerlass

Im Zuge der drohenden Energiemangellage bekam der sogenannte Energie-Mantelerlass – offiziell: Bundesgesetz über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien – mehr Bedeutung, als er ohnehin schon hatte. Die Vorlage ist ein wichtiges Element zur Umsetzung der Energiestrategie 2050 und zur Erreichung der Klimaziele. Dazu muss die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien konsequent ausgebaut werden. Die Vorlage ist für die Städte zentral: Sie sind



NETZWERK

Energie- und klimapolitische Kommission (EKK)

Die EKK ist ein Zusammenschluss von Energiedirektorinnen und -direktoren der Städte (Exekutivmitglieder). Städte spielen als Eigentümerinnen von Energieversorgungsunternehmen, durch planungsrechtliche und verkehrspolitische Vorgaben, Förderprogramme und Bestrebungen zur CO₂-Reduktion eine zentrale Rolle in der Energie- und Klimapolitik. Die Kommission bietet deshalb einen Erfahrungs- und Wissensaustausch auf politischer Ebene, begleitet die Politik des Bundes oder erarbeitet Grundlagen für gemeinsame Positionen. 2023 traf sie sich häufiger als üblich, um Präventionsmassnahmen für eine drohende Energiemangellage zu diskutieren und sich für eine solche zu rüsten.





Thierry Steiert, Stadtammann von Freiburg

«Wir können die Menschen auch in einer Energiekrise nicht zwingen, ihren Eigenverbrauch zu senken.»

Eigentümerinnen von Energieversorgungsunternehmen, müssen planungsrechtliche Vorgaben erfüllen und haben gegenüber der Bevölkerung und Wirtschaft eine Vorbildfunktion inne. Nicht zuletzt befinden sich die meisten Strom-, Gas- und Wärmeverbraucher in urbanen Regionen. Der Städteverband setzt sich deshalb im Rahmen der parlamentarischen Interessenvertretung für die Vorlage ein: Wasserkraft-, Photovoltaik- und Windkraftwerke sollen rasch ausgebaut werden. Die Städte sind der Ansicht, dass Kompromisse beim Landschaftsschutz nötig sind, die Biodiversität aber unbedingt erhalten werden muss. Die Debatte wird den Städteverband auch 2023 beschäftigen.

CO₂-Gesetz

Die Stimmbevölkerung lehnte im Juni 2021 das neue CO₂-Gesetz ab. Daraufhin verlängerte das Parlament die aktuell gültigen und unbestrittenen Bestimmungen zur Reduktion der Treibhausgase vorübergehend

bis Ende 2024. Für die Zeit von 2025 bis 2030 hat der Bundesrat im Berichtsjahr eine neue Vorlage ausgearbeitet: Sie soll ohne neue Abgaben funktionieren, die als Grund für das Scheitern in der Abstimmung ausgemacht wurden. Die neue CO₂-Vorlage sieht vor, dass die Treibhausgasemissionen der Schweiz bis 2030 gegenüber 1990 halbiert werden. Der Städteverband setzt sich im Rahmen dieser Vorlage für den raschen Ersatz fossiler Heizsysteme, die Elektrifizierung des Verkehrs sowie für bessere Rahmenbedingungen beim Ausbau der thermischen Netze ein. Denn diese sind in dicht bebauten Gebieten oft die einzige sinnvolle Alternative zu fossilen Heizungen.

Charta thermische Netze

Die Bedeutung der thermischen Netze unterstrich der Städteverband im August, als er die Charta zum Ausbau der thermischen Netze unterschrieb. Sie geht zurück auf eine Initiative des SSV und der alt Bundesrätin Simonetta Sommaruga. Städte, Gemeinden, Kantone und Bund wollen gemeinsam den Ausbau beschleunigen und in einem dreijährigen Programm Hürden rasch und effektiv abbauen.

Gletscherinitiative und Gegenvorschlag

Das Parlament behandelte 2022 die Gletscherinitiative, die verlangt, dass bis 2050 die Treibhausgasemissionen «Netto-Null» betragen sollen und auf fossile Brenn- und Treibstoffe verzichtet werden soll. Es verabschiedete das Klimaschutzgesetz als indirekten Gegenvorschlag, das das Emissionsziel auf Gesetzesebene festschreibt und u.a. ein Impulsprogramm für Heizungsersatz und Energieeffizienz vorsieht. Der Städteverband unterstützte das Gesetz, da es einen wirksamen und raschen Klimaschutz in der Schweiz ermöglicht. Für 2023 ist eine Referendumsabstimmung geplant. Bei einer Annahme wird die ursprüngliche Initiative zurückgezogen. ♦



NETZWERK

Schweizerischer Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI)

Der SVKI ist eine Sektion des Städteverbandes und Partner des Schweizerischen Gemeindeverbandes. Er setzt sich fachlich und politisch für ein nachhaltiges Management der kommunalen Infrastrukturen ein. Mitglieder des SVKI sind über 260 Städte, Gemeinden, Zweckverbände, Kantone und Gönner der Privatwirtschaft. Der SVKI arbeitet sehr eng mit dem Städteverband zusammen, namentlich in den Bereichen Klimaschutz, Umwelt und Energie. Städtische Infrastrukturen sind zentral für die Reduktion der CO₂-Emissionen. Sie schonen die Umwelt durch nachhaltige Beschaffung oder durch ausgeklügelte Recycling- und Abwassersysteme. So führt der SVKI auch das Sekretariat des Klima-Bündnisses Schweiz, ein Zusammenschluss von zahlreichen Schweizer Städten.



Finanzen & Wirtschaft

OECD-Steuerreform

Die OECD-Steuerreform und deren Umsetzung in der Schweiz war 2022 aus Sicht der Städte das zentrale Geschäft in der Finanz- und Steuerpolitik. Hintergrund des Projekts: Rund 140 Staaten – darunter auch die Schweiz – haben sich im Rahmen der OECD dazu verpflichtet, die Gewinne von grossen und international tätigen Unternehmen mit mindestens 15% zu besteuern. Die OECD will damit der fortschreitenden Globalisierung und Digitalisierung, mit denen die Mobilität der Wirtschaftsakteure deutlich erhöht wird, Rechnung tragen. In der Schweiz betrifft dies gemäss Bundesrat rund 200 Schweizer Firmen sowie rund 2000 Tochtergesellschaften ausländischer Unternehmen – die notabene meistens in Städten und Agglomerationen zuhause sind.

Im vergangenen Jahr diskutierte das Parlament die Umsetzung für die Schweiz, wobei es vor allem darum ging, wie die Mehreinnahmen verwendet und verteilt werden sollen. Der Städteverband setzte sich

dafür ein, dass die Städte und Gemeinden garantiert an den Mehreinnahmen aus der neu zu schaffenden Ergänzungssteuer beteiligt werden. Er tat dies durchaus erfolgreich: In der vom Parlament verabschiedeten Übergangsbestimmung wird explizit festgehalten, dass die Gemeinden angemessen zu beteiligen sind. Das obligatorische Referendum findet 2023 statt.

Weitere Steuerreformen

Der Städteverband äusserte sich gegenüber der Wirtschaftskommission des Nationalrates (WAK-N) zur Individual- und zur Wohneigentumsbesteuerung (Parlamentarische Initiative zur Abschaffung des Eigenmietwerts). Er begrüsst grundsätzlich beide Reformen, die über das Berichtsjahr hinaus im Parlament behandelt werden. Ein zentrales Anliegen für die Städte ist, dass die Reformen möglichst aufkommensneutral umgesetzt werden. Das heisst: Die Steuereinnahmen der Gemeinden dürfen durch die Reformen auf Bundesebene nicht geschmälert werden.



«Die nächsten Monate werden zeigen, ob der Kompromiss zwischen Sportausübung und Energiesparen Anhänger findet.»

Salima Moyard, Stadtpräsidentin von Lancy GE im Dezember

Städtetourismus

Gleich lange Spiesse für städtische Hotels bei der Kreditvergabe: Neu sollen auch Familienhotels in grösseren Städten Anrecht auf Darlehen der Schweizerischen Gesellschaft für Hotelkredit erhalten. Bislang konnten nur Betriebe in Tourismusgebieten und Kurorten davon profitieren. Der Städteverband setzte sich erfolgreich für die Annahme einer Motion ein, die die Aufhebung dieser unfairen Ungleichbehandlung fordert. Sie wurde in beiden Räten angenommen.

Innovationsprojekte

Mit dem Programm «Innotour» fördert der Bund Innovation, Zusammenarbeit und Wissensaufbau im Tourismus. Das entsprechende Gesetz soll revidiert und der Bundesbeitrag erhöht werden; der Städteverband setzte sich im Rahmen der Vernehmlassung dafür ein: Gerade während der Corona-Pandemie hat der städtische Tourismus besonders stark gelitten. Unterstüt-

zungsbeiträge können helfen, die Anpassungs- und Wettbewerbsfähigkeit des Schweizer Tourismus in den Städten zu stärken.

Innenstädte im Wandel

Im Juni fand unter dem Motto «Innenstädte im Wandel – Herausforderungen und Chancen» ein «SSV Info» statt. ♦



PUBLIKATION

Fakten zu Stadt und Land

Städte, Agglomerationen und das Land sind eng verflochten und nicht trennscharf zu separieren. Die föderale Struktur der Schweiz sowie die zahlreichen Lasten- und Finanzausgleiche sorgen für ein enorm austariertes und feingliedriges System, woraus komplexe Finanzströme resultieren. Aber: Die Städte sind die Wirtschaftsmotoren des Landes. Zu diesem Schluss kommt der Bericht «Fakten zu Stadt und Land», die der Städteverband und die KSFD in Auftrag gegeben haben.



NETZWERK

Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSFD)

Die KSFD ist eine Sektion des SSV mit 36 Mitgliedern. Sie äussert sich als städtische Stimme zu finanz- und steuerpolitischen Themen und Vorlagen. Die KSFD setzt sich für eine ausgeglichene Finanz- und Steuerpolitik sowie für einen fairen Lastenausgleich zwischen den Staatsebenen ein. Zudem organisiert sie eine jährliche Fachveranstaltung, die den Mitgliedern als Plattform für den Erfahrungs- und Wissensaustausch dient. An der Mitgliederversammlung im Mai 2022 war die OECD-Steuerreform, deren Umsetzung in der Schweiz und die daraus resultierenden Folgen für die Städte das Hauptthema. Bundesrat Ueli Maurer, Vorsteher des Finanzdepartements, hielt das Schlusswort. Die Fachveranstaltung vom 16. September 2022 stand unter dem Motto: «Fakten zu Stadt und Land».







1. April 2022

Die Schweiz atmet auf: Alle Massnahmen gegen die Corona-Pandemie werden aufgehoben. In den Schweizer Städten kehrt Normalität ein. Es gibt jedoch Nachwehen, namentlich für die arg gebeutelte Kulturbranche: Der Städteverband setzt sich erfolgreich dafür ein, dass die Unterstützungsmassnahmen verlängert werden.

Soziales & Bildung

Sozialpolitik

Finanzierung Kinderbetreuung: Die Politik der frühen Kindheit war wie schon im Jahr zuvor auch 2022 ein zentrales Thema in der Sozialpolitik. Denn es sind die Städte, welche die Kinder und Familien von der Geburt bis zur Schulzeit unterstützen und massgebliche Integrationsaufgaben wahrnehmen. Ein wichtiges (und teures) Element ist die familienergänzende Kinderbetreuung. Deren Mitfinanzierung durch den Bund ist bislang zeitlich begrenzt und soll – gemäss einer parlamentarischen Initiative – in eine dauerhafte und zeitgemässe Lösung überführt werden. Die Städte haben grosses Interesse an einem angemessenen Bundesbeitrag. Deshalb setzte sich der Städteverband im Rahmen der parlamentarischen Debatte für die Städte ein und arbeitete dabei eng mit den kantonalen Konferenzen der Sozialdirektorinnen (SODK), Erziehungsdirektoren (EDK) und dem Gemeindeverband zusammen.

Die Resultate lassen sich – Stand Ende 2022 – sehen. Die zuständige Kommission des Nationalrates nahm einige Anliegen der Städte auf: Der Bund soll sich zu 20% an den Elternbeiträgen pro Kind und Betreuungstag beteiligen und einen Beitrag von 60 Mio. Franken aufwenden. Mit diesem Geld soll das Angebot ausgebaut und die Qualität verbessert werden. Die Vorlage wird den Städteverband auch 2023 beschäftigen.



NETZWERK

Netzwerk altersfreundlicher Städte

Das Netzwerk ist eine Kommission des Städteverbands mit 26 Mitgliedern. Ziele sind die altersfreundliche Ausgestaltung des städtischen Lebensraums sowie die Information und Integration der älteren Bevölkerung in den Schweizer Städten. Das Netzwerk trägt zur Verbreitung eines positiven Altersbildes bei und bietet Gelegenheit zum fachlichen Austausch.

Das Jahresthema des Netzwerkes lautete «Caring Communities», das an der Fachtagung vom 15. Juni 2022 vertieft wurde. Zusammen mit dem Netzwerk Lebendige Quartiere (siehe Seite 23) diskutierten die rund 60 Teilnehmenden Praxisbeispiele aus den eigenen Reihen und suchten nach Erfolgsfaktoren und Stolpersteinen. Der jährliche Städtebesuch führte die Mitglieder im September 2022 nach Neuenburg. Schliesslich verabschiedete das Netzwerk die langjährige Geschäftsleiterin Rita Gisler. Ihre Nachfolge tritt Eliane Leuzinger 2023 an.



PUBLIKATION

Themenpapier «Ganztägige Bildung und Betreuung in Schweizer Städten»

Der Auf- und Ausbau von Tagesschulen wird in vielen Städten vorangetrieben, die Ausgestaltung ist jedoch sehr vielfältig. Die Städteinitiative Bildung versuchte, Licht ins Dunkel zu bringen und veröffentlichte im Januar 2022 ein Themenpapier. Es soll die Städte unterstützen, ein für sie passendes Angebot zu entwickeln.





«Die Nachfrage nach dem Angebot der städtischen Tagesbetreuung ist gross. In den letzten 15 Jahren haben sich die Zahlen vervierfacht, und der Trend zeigt weiterhin nach oben.»

Mathias Gabathuler, Direktor für Bildung und Freizeit der Stadt St. Gallen

Positionspapier Hilfe und Betreuung im Alter:



Alterspolitik: Der Städteverband hat sich im Berichtsjahr des Themas «Betreuung im Alter» auf die Fahne geschrieben. Im Februar veröffentlichte er dazu ein Positionspapier, das aufzeigt, wie gute Hilfe und Betreuung im Alter aus Sicht der Städte aussehen sollten. Darin sind wichtige Handlungsfelder und Rahmenbedingungen enthalten, die das Angebot in den Städten sicherstellen können. Auf dieser Basis engagiert sich der Städteverband in Arbeitsgruppen von Bund und Kantonen und erarbeitet konkrete Anliegen.

Gewalt an Frauen: Der SSV half mit, den Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention 2022–2026 – das Übereinkommen des Europarats zur

Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt – zu erarbeiten. Zusammen mit Bund, Kantonen und Vertretungen der Zivilgesellschaft war er Teil einer Arbeitsgruppe. Der Bundesrat verabschiedete den Aktionsplan im Juni 2022.

Verschuldung: Der Städteverband hat sich für eine Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreuung und Konkurs ausgesprochen, die ein Sanierungsverfahren für natürliche Personen vorsieht. Die städtischen Behörden sind verschiedentlich mit überschuldeten Personen konfrontiert und setzen sich teilweise selbst für diese Personen ein. Deshalb sind die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen zur Entschuldung für die Städte von grosser Bedeutung. ♦



NETZWERK

Städteinitiative Bildung

Die Städteinitiative Bildung ist eine Sektion des SSV, die den Bildungsdirektorinnen und -direktoren diverser Städte eine Plattform zum Austausch bietet. Sie bearbeitet bildungspolitische Fragestellungen, insbesondere der Volksschule, aus Sicht der urbanen Schweiz. In Absprache mit dem Städteverband sorgt sie für eine wirksame Vertretung der bildungspolitischen Anliegen der Städte gegenüber den Kantonen und dem Bund. Die Frühlingskonferenz 2022 fand in Thun zum Thema «Für einen gelingenden Übergang in die Berufswelt» statt, die Herbstkonferenz 2022 in Chur zum Thema «Schulraum für die Zukunft».



Migrations- & Integrationspolitik

Flüchtlinge aus der Ukraine und Schutzstatus S

Der Angriff Russlands auf die Ukraine und die schrecklichen Folgen für die ukrainische Bevölkerung beschäftigen auch die Schweizer Städte. So vertritt der Schweizerische Städteverband die Städte im Sonderstab Asyl (SONAS), den der Bundesrat wegen der Flüchtlinge aus der Ukraine eingesetzt hat. Er nahm dort wiederholt zu Fragen im Zusammenhang mit dem Schutzstatus S Stellung. Zudem wurde er in der im Sommer eingesetzten Evaluationsgruppe zum Schutzstatus S angehört. Der Städteverband leitete die relevanten Informationen laufend an seine Mitglieder weiter.

Der SSV engagierte sich unter anderem dafür, dass der Informationsfluss von Bund und Kantonen auch auf Gemeindeebene sichergestellt, die regulären Abläufe und Prozesse eingehalten und Mittel für die Integration der Geflüchteten zur Verfügung gestellt werden.

Weitere Gesetzesreformen

Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG): Der Städteverband nahm im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zu einer geplanten Verschärfung des AIG Stellung. Diese sah unter anderem vor, die Sozialhilfe für Drittstaatsangehörige zu reduzieren. Die Städte haben dies ausdrücklich abgelehnt. Der SSV erarbeitete das Argumentarium eng mit der Steuergruppe der Charta Sozialhilfe.

Im Sommer wurde der Städteverband zu einem Hearing der Staatspolitischen Kommission des Ständerates (SPK-S) zum Thema **Einbürgerung von Personen der 2. und 3. Ausländergeneration** eingeladen. Er machte klar: Erleichterungen wären aus Städtensicht wünschenswert, und der administrative Aufwand der Städte müsse unbedingt mitgedacht werden, falls die Verfahren geändert werden sollen.

Zudem setzte sich der Städteverband für die Vorlagen «Erweiterte Härtefallregelung zum Zugang zur beruflichen Ausbildung», gegen «Lehrabbrüche von Asylsuchenden» und für die «Ausübung einer Erwerbstätigkeit für Asylsuchende gestatten, die vom SEM einen negativen Asylentscheid erhalten haben und auf die Wegweisung warten» ein. Insbesondere ist es ein langjähriges Anliegen des SSV, die Härtefallbestimmungen zu lockern, um Jugendlichen den Zugang zur beruflichen Grundbildung zu erleichtern. ♦



NETZWERK

Städteinitiative Sozialpolitik

Die Städteinitiative Sozialpolitik ist eine Sektion des Städteverbandes mit 58 Mitgliedern. Vertreten werden die Städte durch die amtierenden Sozialvorsteherinnen und Sozialvorsteher sowie die für das Sozialwesen zuständigen leitenden Angestellten. Inhaltliche Schwerpunkte sind die soziale Sicherung im Gesamtsystem, die Weiterentwicklung der Sozialhilfe und die umfassende Integration. 2022 organisierte die Städteinitiative Sozialpolitik zwei Fachtagungen: Im Juni in Basel zum Thema «Recht auf Wohnen – auch für Arme?» sowie im September in Freiburg zum Thema «Quartiere: Schlüssel für den Zusammenhalt».





4. Mai 2022

Die Menschen werden stets älter, die Bedürfnisse und Unterstützungsangebote vielfältiger. Dies stellt auch Städte vor Herausforderungen. Hilfe und Betreuung für Seniorinnen und Senioren müssen sichergestellt werden. Der Städteverband veröffentlicht dazu ein Positionspapier.

Mobilität & Verkehr

Der Schweizerische Städteverband bringt die städtischen Anliegen in diversen Gremien ein und steht in regelmässigem Kontakt mit diversen Behörden, u.a. den Bundesämtern für Verkehr (BAV), Strassen (ASTRA) und Raumentwicklung (ARE) sowie weiteren Partnern.

Tageskarte Gemeinden: Nachdem die «Alliance Swiss Pass» 2020 entschied, die Tageskarte Gemeinde ab 2024 in einer neuen Form anzubieten, arbeitete der Schweizerische Städteverband an der Nachfolgelösung mit. Zusammen mit der «Alliance SwissPass» und dem Schweizerischen Gemeindeverband entwickelte er im vergangenen Jahr verschiedene Optionen, die er den Städten und Gemeinden zur Konsultation vorlegte. Im August 2022 wurde die «Spartageskarte Gemeinde» als Nachfolgelösung erkoren. Das neue Produkt wurde vom SSV-Vorstand Ende 2022 gutgeheissen und soll zu Beginn des Jahres 2023 der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Roadmap Elektromobilität 2025: Der SSV hat im Mai in Anwesenheit der damaligen Bundesrätin und UVEK-Vorsteherin Simonetta Sommaruga und des SSV-Präsidenten Kurt Fluri die «Roadmap Elektromobilität 2025» unterzeichnet. Die Ziele bis 2025: 50 %

Anteil der Steckerfahrzeuge an den Neuzulassungen, 20 000 allgemein zugängliche Ladestationen sowie nutzerfreundliches und netzdienliches Laden zuhause, am Arbeitsort und unterwegs. E-Fahrzeuge leisten zwar einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel, bieten aber keine Lösung für die städtischen Probleme des knappen Raums.

Programm Verkehrsdrehscheiben: Bund, Kantone, Städte und Gemeinden tauschten sich im vergangenen Jahr regelmässig über ihre Zusammenarbeit bei der Entwicklung multimodaler Verkehrsdrehscheiben aus. Die Vertiefung geht auf die Erklärung von Emmenbrücke vom September 2021 zurück. Künftig wollen die Akteure beispielhafte Drehscheiben gemeinsam fördern.

Politik

Tempo 30 war im vergangenen Jahr eine der zentralen Herausforderungen. Zu Jahresbeginn hob der Schweizerische Städteverband in der Vernehmlassung zur Signalisationsverordnung die grosse Bedeutung solcher Zonen für die Städte hervor. Damit können Lärmpegel und Unfälle deutlich reduziert werden und im Stras-



NETZWERK

Städtekonferenz Mobilität (SKM)

Insgesamt 19 Schweizer Städte sind Mitglieder der SKM, einer Sektion des Schweizerischen Städteverbandes. Sie setzen sich ausgehend von der «Charta für eine nachhaltige städtische Mobilität» gemeinsam für einen Stadtverkehr ein, der den hohen Ansprüchen an die Lebensqualität im dicht besiedelten Raum genügt. Der Vorstand setzt sich aus sieben städtischen Verkehrsdirektorinnen und -direktoren zusammen.

Die SKM widmete sich am Herbstforum vom 11. November 2022 der Parkraumpolitik der Städte. Die Bevölkerungszunahme und die erhöhte Mobilitätsnachfrage in städtischen Gebieten machen einen systematischen Einsatz von Verkehrsmanagementinstrumenten unumgänglich. In dieser Hinsicht ist die Parkraumpolitik der wichtigste Hebel der Städte. Im Frühlingsforum vom 1. April 2022 ging es um Flächeneffizienz. Wie kann der für die Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stehende Raum in städtischen Gebieten am besten verwaltet werden? Mit welchen Instrumenten lässt sich die Flächeneffizienz messen? Diese und viele weitere Fragen diskutierten die anwesenden Fachpersonen und Teilnehmenden.



senraum kann Platz für andere Nutzungen (Veloinfrastruktur, grüne Flächen usw.) geschaffen werden. Der Städteverband begrüsst deshalb den Entscheid des Bundesrates vom 24. August 2022, dass Tempo-30-Zonen auf «nicht verkehrsorientierten Strassen» – also in erster Linie Quartierstrassen – vereinfacht ohne Gutachten eingeführt werden können. In einem Positionspapier zur Lärmreduktion fordern die Städte als eines von mehreren Elementen generell Tempo 30 in den Städten, auch auf Hauptverkehrsachsen (mehr dazu im Kapitel Stadtentwicklung auf Seite 22.)

Dekarbonisierung des ÖV: Eine vom Parlament angenommene Motion verlangt einen ÖV ohne fossile Treibstoffe. Der Städteverband hat sich für die Annahme des Vorstosses stark gemacht: Die Abkehr vom Verbrennungsmotor ist – zusammen mit der Förderung des Fuss- und Veloverkehrs – einer der Schlüssel, um urbane Mobilität emissionsarm zu gestalten. Dieses Anliegen wurde ins neue CO₂-Gesetz aufgenommen. Der Städteverband wird sich in diesem Rahmen für eine gute Lösung einsetzen.

Strassenverkehrsgesetz (SVG): Auch dank des Engagements des Städteverbandes kippte der Ständerat zwei problematische Punkte aus der SVG-Reform, die der Nationalrat beschlossen hatte. Erstens gibt es keine Erlaubnis, dass motorisierte Zweiräder auf dem Trottoir parkieren dürfen. Dies ist für die Städte wichtig, gerade im Bereich der Planung. Der SSV hat sich erfolgreich dafür eingesetzt. Zweitens soll es weiterhin

Bussen für Personen geben, die vor Verkehrskontrollen warnen. Dies sorgt für höhere Sicherheit. Die beiden Räte strichen zudem eine Velohelmpflicht für unter 16-Jährige – auch dies im Sinne der Städte. Velofahren würde sonst an Attraktivität verlieren, was den Bestrebungen der Städte, mehr Menschen zum Velofahren zu bewegen, widersprochen hätte. Mehr Sicherheit für die Velofahrerinnen und -fahrer kann vielmehr durch eine bessere Veloinfrastruktur erreicht werden. Insgesamt konnte der Städteverband eine positive Bilanz über die Revision des SVG ziehen.

Weitere Vernehmlassungen: Der SSV hat sich im Berichtsjahr in mehreren Vernehmlassungsverfahren geäussert, so z. B.:

- Verpflichtungskredite ab 2024 für Massnahmen im Rahmen des Agglomerationsprogramms Verkehr. Der Städteverband ist erfreut über die Mittel, die der Bundesrat sprechen will (1,3 Mrd. Franken). Dies hilft den Agglomerationen, ihre grossen Herausforderungen im Verkehr zu meistern.
- Aufbau einer Dateninfrastruktur (MODI), mit der das gesamte Verkehrssystem effizienter werden soll. Dies wäre auch für die Städte von Vorteil.
- Ausbau der Bahninfrastruktur: Damit das Schweizer Eisenbahnnetz seine hohe Leistungsfähigkeit erhalten kann, muss die Infrastruktur ausgebaut werden. Die Städte sind der Ansicht, dass mehr Anstrengungen unternommen werden sollen, den Modal Split zu erhöhen – d. h. mehr Menschen dazu zu motivieren, vom Auto in den Zug umzusteigen. ♦



«Der Klimaschutz ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und damit für jede und jeden wichtig. Städte stehen jedoch in einer besonderen Verantwortung.»

Beat Jans, Regierungspräsident Basel-Stadt



16. Mai 2022

Der Schweizerische Städteverband unterzeichnet die «Roadmap Elektromobilität 2025» im Beisein von Bundesrätin Simonetta Sommaruga. E-Fahrzeuge leisten einen wichtigen Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel, weshalb deren Förderung wünschenswert ist. Gleichzeitig sind sie aber keine Lösung für die grossen Herausforderungen der Städte im Verkehrsbereich.



Stadtentwicklung

Medienmitteilung und Positionspapier «Stadtentwicklung und Lärmschutz in den Städten»:



Lärm

Im Dezember veröffentlichte der Städteverband mit grossem Echo in den Medien das Positionspapier «Stadtentwicklung und Lärmschutz in den Städten». Lärm behindert die Stadtentwicklung, da viele Wohnbauprojekte und Sanierungen wegen Lärmklagen blockiert sind. Zuerst gilt es, den Lärm an seiner Quelle zu verhindern, da er grosse gesundheitliche und wirtschaftliche Schäden nach sich zieht. Der grösste Lärmverursacher ist der Strassenverkehr, das günstigste und effektivste Mittel dagegen die Temporeduktion auf 30 km/h. Deshalb fordert der Städteverband Tempo 30 in Siedlungsgebieten als Norm. Diese Forderung löste ein immenses mediales Echo aus, nachdem Präsident Anders Stokholm sie prominent in der Sonntagspresse platziert hatte.

Stadtentwicklung und Lärmschutz stehen im Zielkonflikt zur Innenentwicklung und Ressourcenschonung, beides Vorgaben des Raumplanungsgesetzes (RGP1). Der Städteverband fordert deshalb eine entsprechende Gesetzesänderung im Umweltschutzgesetz. Auch hier soll zuerst der Lärm an der Quelle reduziert werden, ehe man baulich-gestalterische Massnahmen und eine Ausnahmeregelung bei der Erhebung der Messwerte erwägt.

Agglomerationspolitik

Der Agglomerationspolitik kommt eine zentrale Rolle zu. Die Agglomerationen in der Schweiz sind die immer stärker und dichter verflochtenen Beziehungen zwischen Kernstädten und städtischen Agglomerationsgemeinden. Da diese städtischen Räume über die jeweiligen kommunalen Grenzen hinausreichen, müssen die einzelnen, thematischen Herausforderungen wie etwa Mobilität, Wohnen, Siedlungs- und Freiraumentwicklung, Wirtschaft und Raumplanung immer im Querschnitt und Verbund betrachtet werden – sowohl innerhalb der Städte als auch über die Staatsebenen hinweg. Deshalb muss die Agglomerationspolitik auf allen Ebenen das nötige Gewicht erhalten. Für die Mitglieder intensivierte der Städteverband seine Dienstleistungen: Er lancierte ein neues Veranstaltungsformat Aggloforum, das im Mai zum Thema «Urbane Freiräume» Premiere feierte. Die traditionelle Veranstaltungsreihe SSV-Info fand im Dezember zum Thema «Familienzentrierte Vernetzung in der Agglomeration» statt.

Die künftige Bedeutung der Agglomerationspolitik unterstrich der Städteverband mit der Verabschiedung zweier Grundsatzpapiere: «Für ein gutes Leben und Wirtschaften in Agglomerationen» richtet sich an die



NETZWERK

Das Zentrum öffentlicher Raum (ZORA)

Das ZORA ist eine Kommission des Städteverbandes und ist ein Think Tank für die Zukunft des öffentlichen Raums in den Städten. Die Herausforderungen sind gross: Städte werden dichter, immer mehr Menschen teilen sich immer weniger Platz. Zeitgleich wachsen die Ansprüche nach mehr Lebens- und Aufenthaltsqualität und die Auswirkungen des Klimawandels bringen zusätzlichen Handlungsbedarf. Beim ZORA tauschen Städte ihre Erfahrungen aus und suchen Lösungen für die aktuellen Herausforderungen. Im Fokus stehen die Vernetzung, der Erfahrungsaustausch und der Wissenstransfer zwischen den Fachpersonen und die Erarbeitung fachlicher Grundlagen. Im vergangenen Jahr hat das ZORA gemeinsam mit «HOCHPARTERRE» ein Sonderheft zum Umgang mit öffentlichen Räumen als Rückblick auf die Pandemieerfahrungen herausgegeben.



Positionspapiere zur
Agglomerationspolitik:



Verbandsmitglieder. «Die urbane Schweiz braucht eine starke und vielfältige Agglomerationspolitik» ist ein Positionspapier zur Bundespolitik. Im Geschäftsjahr startete der Bund die Gesamtevaluation der laufenden Agglomerationspolitik, die gleichzeitig den Ausgangspunkt für künftige Rahmenbedingungen bietet. Der Städteverband beteiligt sich an diesen Arbeiten und wirkte in Workshops zur Weiterentwicklung der Agglomerationspolitik 2024+ mit.

Raumentwicklung

Raumplanungsgesetz (RPG): Der Städteverband begleitete 2022 die Arbeiten zur Umsetzung der ersten Etappe des RPG. Die darin geforderte Innenentwicklung kann zu Konflikten mit dem Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz ISOS führen. Der SSV hat deshalb zusammen mit Bund, Kantonen und dem Schweizerischen Gemeindeverband im Juni den «ISOS-Leitfaden – Ortsbildschutz und Innenentwicklung» veröffentlicht. Auf praxisnahe Weise zeigt dieser die nötigen Abklärungsschritte bei der Planung von raumplanerischen Vorhaben in ISOS-Ortsbildern auf.



NETZWERK

Netzwerk Lebendige Quartiere (NLQ)

Der Städteverband führt das Netzwerk im Auftrag des Bundesamts für Raumentwicklung (ARE) und des Bundesamts für Wohnungswesen (BWO). Das NLQ ist die nationale Austauschplattform für Fachleute aus Städten, Verbänden und Hochschulen zu verschiedenen Aspekten der Quartierentwicklung, wie Wohnen, Partizipation oder soziale Durchmischung. Das NLQ führte im vergangenen Jahr zwei Seminare durch: Im Frühling zum Thema «Gemeinsam zum nachhaltigen Wandel im Quartier» sowie im Herbst zum Thema «Digital vernetzt im Quartier». Im Rahmen der Reihe «NLQ vor Ort» standen Besuche in Luzern und Renens auf dem Programm. Des Weiteren brachte der Städteverband seine Positionen, Erfahrungen und konkreten Weiterentwicklungsvorschläge – der Vertrag läuft Ende 2024 aus – gegenüber den Bundesämtern ein und diskutierte mögliche Weiterentwicklungen.



Raumkonzept Schweiz: Das Strategiedokument «Raumkonzept Schweiz» ist ein nationaler Orientierungsrahmen und eine Entscheidungshilfe für die künftige Raumentwicklung der Schweiz. Das erste Raumkonzept wurde 2012 von allen Staatsebenen gemeinsam verabschiedet. Im Berichtsjahr beschloss der Vorstand des Städteverbandes, wie die anderen Trägerorganisationen, dieses bis 2025 zu aktualisieren.

Tripartite Konferenz (TK)

Die TK ist die politische Plattform von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden zur Förderung der Zusammenarbeit zwischen den staatlichen Ebenen und zwischen urbanen und ländlichen Räumen. Sie leistet einerseits einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Zusammenarbeit über alle drei Staatsebenen hinweg. Andererseits ermöglicht sie einen pragmatischen Austausch über Themen und Fragestellungen, für die sonst geeignete Gefässe fehlen. Im Berichtsjahr führte die TK zwei Sitzungen durch: Sie trieb dabei den Dialog «Qualitätsvolle Innenentwicklung» und das Projekt «Biodiversität und Landschaftsqualität in Agglomerationen fördern» weiter voran.

Wohnungspolitik

Der SSV ist Partner des wohnungspolitischen Dialogs Bund-Kantone-Städte und beteiligt sich an den Wohnnetz-Treffen des Bundesamts für Wohnungswesen BWO. Diese fanden im Berichtsjahr zu den Themen «Wohnraumstrategien» und «Die Corona-Pandemie: Einflussfaktor für das Wohnen in der Stadt?» statt. Ende Jahr lancierte der Städteverband gemeinsam mit dem BWO eine Befragung zu den wohnungspolitischen Bedürfnissen seiner Mitglieder. Dabei sollen Erkenntnisse über die aktuelle Situation gewonnen und der Handlungsbedarf in den Städten eruiert werden. ♦

Kultur

Ein vielfältiges und umfassendes Kulturangebot trägt entscheidend zur Attraktivität der Schweizer Städte und ihrer Lebensqualität bei. Rund die Hälfte des Geldes, das das öffentliche Gemeinwesen für Kultur ausgibt, stammt von den Gemeinden, wobei der grösste Anteil auf Kultur in den Städten entfällt. Der Städteverband bringt sich in der ganzen thematischen Breite der Kultur (von einzelnen Disziplinen bis hin zum Kulturerbe, kultureller Vielfalt und Teilhabe, Bau- und Soziokultur usw.) bei den diversen Stakeholdern ein.

Nationaler Kulturdialog (NKD)

Seit 2011 dient der Nationale Kulturdialog dem Bund, den Kantonen, Städten und Gemeinden zur Koordination ihrer kulturellen Aktivitäten als zentrale Austauschplattform in kulturpolitischen Fragen. 2022 traf sich der NKD zweimal: Im Frühjahr standen die Berichte aus den drei 2021 etablierten Arbeitsgruppen «Nationale Strategie Kulturerbe», «Angemessene Entschädigung von Kulturschaffenden» und «Ökologie im Kulturbereich» sowie die Nachwirkungen der Corona-Pandemie im Zentrum der Diskussion. Beim

zweiten Treffen im Herbst wurden erstmals die sechs skizzierten Handlungsfelder, die als Einleitung der Kulturbotschaft 2025–2028 fungieren sollen, in dieser Runde diskutiert.

Kulturbotschaft 2025–2028

Unter der Federführung des Bundesamtes für Kultur (BAK) begannen die Vorbereitungen für die kommende Kulturbotschaft. Das BAK lud neben den Fachverbänden auch die Städtekonferenz Kultur (SKK) und die Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten (KBK) zu Hearings ein. An den beiden Delegiertenkonferenzen der SKK (siehe Kasten) wurden die folgenden sechs Handlungsfelder vorgestellt: digitale Transformation, nachhaltige Entwicklung, Kulturerbe als lebendiges Gedächtnis, Aktualisierung des Kulturförderungssystems, Kultur als Arbeitswelt sowie Governanz im Kulturbereich. Die Einleitung des BAK fand im NKD prinzipielle Zustimmung, auch wenn einige Fragen noch offenbleiben. 2023 werden die konkreten Massnahmen und der Finanzrahmen diskutiert, ehe die Botschaft vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt werden soll.



NETZWERK

Städtekonferenz Kultur (SKK)

Die SKK ist eine Sektion des Städteverbandes, die die städtischen Kulturbeauftragten von 33 Städten vereint. Sie bearbeitet kulturpolitische Fragestellungen, fördert den Erfahrungsaustausch sowie die Diskussion unter den Mitgliedern und ihren Kulturverantwortlichen. Ihr kommt somit eine Schlüsselrolle zu: Sie bereitet die Geschäfte des NKD auf der Fachebene vor. Die SKK betreibt in Genua, Belgrad, Kairo und Buenos Aires vier Auslandsateliers für Kulturschaffende.

Michael Kinzler, Kulturbeauftragter der Stadt Lausanne, und Franziska Burkhardt, Kulturbeauftragte der Stadt Bern, wurden zum Co-Präsidium der SKK gewählt. Sie traten die Nachfolge von Carine Bachmann an, die Ende 2021 zur Direktorin des Bundesamts für Kultur (BAK) ernannt worden ist. Im Dezember übernahm Valeria Lucentini die Geschäftsleitung von Marlene Iseli, die den Städteverband verliess. Die zwei Delegiertenkonferenzen zur kulturpolitischen Diskussion fanden in Bern und Genf statt.





«Die Stadt versucht, ein Gleichgewicht zwischen dem Erhalt des kulturellen Erbes und der Erneuerung zu finden.»

Anne-Laure Couchepin Vouilloz, Stadtpräsidentin von Martinach

Folgen der Corona-Pandemie

Die Nachwehen der Corona-Pandemie standen weiterhin auf der kulturpolitischen Traktandenliste. Die Kulturbranche wurde besonders hart getroffen, sie erholte sich schlechter und langsamer als andere Bereiche – auch nachdem der Bundesrat die meisten Massnahmen per Ende März 2022 aufgehoben hatte. Der Städteverband setzte sich deshalb für die Verlängerung der Unterstützungsmassnahmen ein. Dies gelang: Die Ausfallentschädigungen wurden bis Ende Juni 2022 ausbezahlt, die Unterstützung für Transformationsprojekte sowie die Nothilfe für Kulturschaffende am Existenzminimum wurden bis Ende 2022 verlängert.

Ja zum Filmgesetz

Der Städteverband hat die Ja-Parole zum Filmgesetz herausgegeben und die Schweizer Stimmbevölkerung nahm es am 15. Mai 2022 an. Damit müssen ausländische Streamingdienste 4% ihrer Einnahmen in die Förderung des heimischen Schaffens stecken und es fliessen nicht mehr alle Gewinne, die in der Schweiz erzielt werden, ins Ausland ab.

Provenienzforschung

Der Städteverband hatte sich für zwei Motionen eingesetzt, die 2022 von beiden Räten angenommen wurden. Zum einen soll mit einer Plattform für Provenienzforschung bei Kulturgütern der Wissenstransfer verbessert werden. Zum anderen soll eine neu eingesetzte unabhängige Kommission Kulturgüter, die u. a. während des Nationalsozialismus verfolgungsbedingt entzogen wurden, untersuchen. Beide Anliegen bringen für städtische Museen Vorteile und unterstützen deren bereits eingeleitete Aktivitäten in diese Richtung. Eine vernetzte und kooperative Provenienzforschung ermöglicht es, wichtige Informationen für die Inventarisierung und Dokumentation zahlreicher Werke zu sammeln sowie Objekte durch die Rekonstruktion ihrer Geschichte zu kontextualisieren.

Vernehmlassungen

Der SSV reichte zusammen mit der SKK folgende Vernehmlassungsantworten ein: «Änderung der Covid-19-Kulturverordnung» und «Änderung der Filmverordnung (FiV); Neue Verordnung über die Quote für europäische Filme und Investitionen in das Schweizer Filmschaffen (FQIV)». ♦

Digitalisierung

Digitale Verwaltung Schweiz (DVS)

Die DVS ist seit dem 1. Januar 2022 operativ und hat zum Ziel, die digitale Transformation zwischen und innerhalb der drei Staatsebenen zu koordinieren und zu fördern. Der Städteverband arbeitet im politischen und im operativen Führungsgremium eng mit. Politisch wird die kommunale Ebene von den Stadtpräsidenten Pierre Dessemontet (Yverdon-les-Bains) und Michael Künzle (Winterthur) sowie von Boris Tschirky, Gemeindepräsident von Gaiserwald, vertreten. Im operativen Gremium vertritt Christian Geiger, CDO der Stadt St. Gallen, den Städteverband.

E-ID

Der Städteverband begrüsst den neuen Anlauf, eine elektronische Identität (E-ID) einzuführen. Viele Vorbehalte, die 2021 zu einem Nein der Stimmbevölkerung geführt haben, hat der Bundesrat in der neuen Vorlage ausgeräumt. Im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens beurteilte der SSV im Oktober die Vorlage als gut. So wird nun eine vom Bund verwaltete, staatliche E-ID-Infrastruktur vorgeschlagen, die von privaten und öffentlichen Akteuren genutzt werden kann.

Nationaler Adressdienst (NAD)

Der geplante NAD ermöglicht der öffentlichen Verwaltung und den öffentlichen Diensten den Zugriff auf aktuelle und ehemalige Wohnadressen der Einwohnerinnen und Einwohner der Schweiz. Dadurch werden Verwaltungsabläufe vereinfacht, und Behörden können ihre Aufgaben effizienter erfüllen. Die Verantwortung für den Aufbau des NAD liegt beim Bundesamt für Statistik. Der Städteverband vertritt im Projektausschuss die Interessen der Städte.

Smart Cities

Smart City ist ein vielfältiges Konzept. Es ist digital, aber weit mehr; es geht über E-Government und Digitalisierungsstrategien hinaus. Smart Cities sorgen grundsätzlich für eine intelligente Vernetzung aller Lebens- und Wirtschaftsbereiche. Es ist ein ganzheitlicher Ansatz für innovative, ressourcenschonende und lebenswerte Städte, wobei die Umsetzung von Stadt zu Stadt unterschiedlich ist. Für die Städte ist der fachliche Austausch von Bedeutung. Der Städteverband ist deshalb u. a. Partner des Strategiekongresses SmartSuisse und der Konferenz Suisse Public SMART. ♦



«Die Herausforderungen der Digitalisierung brauchen eine flexible und effiziente Koordination.»

Sami Kanaan, Stadtrat von Genf und Vizepräsident des SSV



23. Juni 2022

Der Bundesrat präsentiert die OECD-Steuerreform, die Städte sind an der Medienkonferenz vertreten. Sie unterstützen die OECD-Steuerreform, die eine Mindeststeuer für grosse Unternehmen verlangt. Sie setzen sich erfolgreich dafür ein, dass die Beteiligung der Städte und Gemeinden an den Mehreinnahmen verankert wird.

30. Juni 2022

Verdichtet bauen und schützenswerte Ortsbilder erhalten? Eine Herkulesaufgabe. Der Städteverband publiziert gemeinsam mit Bund, Kantonen und Gemeinden einen gemeinsamen Leitfaden zur Anwendung des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) in Dörfern und Städten.





Sicherheit

Sicherheitspolitik

Der SSV hat sich erfolgreich für den zweiten Nationalen Aktionsplan (NAP) zur Prävention und Bekämpfung von Radikalisierung und Extremismus eingesetzt. Der NAP führt zum einen das bewährte Impulsprogramm im gleichen finanziellen Umfang von einer Million Franken pro Jahr weiter. Zum anderen werden neu alle Formen von Radikalisierung adressiert. Der Bundesrat verabschiedete den NAP im Dezember. ♦



NETZWERK

Konferenz der städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD)

Die KSSD ist eine Sektion des Städteverbandes. Sie richtet sich an Mitglieder von Schweizer Stadtregierungen, die für die Bereiche Polizei und Sicherheit zuständig sind. Ein wichtiger Fixpunkt in der Agenda der KSSD ist jedes Jahr der urbane Sicherheitskongress: Am 4. November fand er zum Thema «Demonstrationen» statt.



«Der Bedarf an Betreuung und Pflege wird aufgrund der demografischen Entwicklung längerfristig zunehmen.»

Silvia Hunziker Rübél, Gemeinderätin von Horgen



18. August 2022

Städte, Gemeinden, Kantone und der Bund wollen den Ausbau der thermischen Netze in der Schweiz vorantreiben. Vertreterinnen und Vertreter aller Staatsebenen unterzeichneten in Bern eine entsprechende Charta. Fernwärmenetze sind ein wichtiges Instrument zum Erreichen der Klimaziele.

Öffentlichkeitsarbeit



Newsletter

Im Newsletter informiert der Städteverband über seine politischen Positionen, das politische Geschehen, teilt Neuigkeiten für das Fachpublikum, berichtet über Veranstaltungen und über das Neueste aus den Sektionen sowie weiteres mehr.



«focus»

Ein Thema wird fachlich vertieft beleuchtet und mit Best-Practice-Beispielen und Interviews von Exekutivmitgliedern aus Mitgliederstädten veranschaulicht.

Die Themen 2022:

- 01/2022: Ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote
- 02/2022: Digitale Verwaltung Schweiz
- 03/2022: Klimafreundliche Städte (Thema zum Städtetag)
- 04/2022: Schützenswerte Ortsbilder (ISOS) und Innenentwicklung
- 05/2022: Hilfe und Betreuung im Alter
- 06/2022: Energiesparen in den Städten



Tägliche Presseschau

Die täglich versandte Presseschau liefert auch 2022 den Mitgliedern zahlreiche Zeitungsartikel, die aus städtischer Sicht von Interesse sind.



Medienarbeit

Der SSV ist auch gegenüber den Medien Ansprechpartner für urbane Angelegenheiten. Die Mediendatenbank SMD listet für 2022 total über 1000 Nennungen für «Städteverband» bzw. «Union des villes». Die Anfragen waren thematisch vielfältig, drei Themen stachen aber hervor:

- **Tempo 30:** Ein Thema, das die Medien brennend interessiert. Der Städteverband fordert Tempo 30 als Massnahme, um Lärm zu reduzieren (siehe Kapitel Stadtentwicklung). SSV-Präsident Anders Stokholm kündigte das Positionspapier zum Lärm auf der Titelseite der NZZ am Sonntag vom 18. Dezember an. Zahlreiche Medien zogen in der Folge nach.
- **OECD-Steuerreform:** Die Städte fordern, dass sie angemessen an den Mehreinnahmen beteiligt werden (siehe Kapitel Wirtschaft und Finanzen) – was sie auch der Öffentlichkeit kundtaten. Daniel Leupi trat als KSFD-Vertreter an der Medienkonferenz des Bundes auf, unter anderem mit Bundesrat Ueli Maurer.
- **Bundesratswahl:** Mit Elisabeth Baume-Schneider und Albert Rösti wurden am 7. Dezember eine Vertreterin und ein Vertreter der ländlichen Schweiz in den Bundesrat gewählt. Dass keine Vertretung aus einer Grossstadt berücksichtigt wurde, war medial das grosse Thema im Nachgang. In diesem Zusammenhang war der Städteverband ein gefragter Gesprächspartner für die Medienschaffenden.



PUBLIKATION

Statistik der Schweizer Städte

Die 83. Ausgabe der Städtestatistik legte den Fokus auf das Thema «Bodennutzung in der Stadt».

Die Publikation erschien wie gewohnt in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Statistik.





Veranstaltungen

Der Städteverband organisiert diverse Veranstaltungen oder ist Partner von Events. Er nimmt aktiv an Referaten oder Podiumsdiskussionen teil, an denen er seine Expertise einem interessierten Publikum vermittelt. Mitglieder des Städteverbandes profitieren häufig von vergünstigten Konditionen. 2022 war der Städteverband an insgesamt 28 Veranstaltungen Partner oder Patronatspartner, so z. B. vom Swiss

Green Economic Forum, dem Aggloforum, der Baurechtstagung und vielen mehr. An der Fachveranstaltung «SSV-Info» werden aktuelle Themen in einem persönlichen Rahmen vertieft behandelt, exklusiv und unentgeltlich für Mitglieder. Das «SSV-Info» fand im Juni zum Thema «Innenstädte im Wandel – Herausforderungen und Chancen» und im Dezember zum Thema «Familienzentrierte Vernetzung in der Agglomeration» statt. ♦

9 versandte Newsletter

24 Medienmitteilungen

365 Presseschauen

6 Ausgaben des
Online-Magazins «focus»

25. August 2022

Die Städtevertreterinnen und -vertreter geben sich am Städtetag in Basel die Ehre. Der Städteverband feiert sein 125-jähriges Jubiläum. Kurt Fluri, langjähriger Stadtpräsident von Solothurn und Präsident des Städteverbandes, übergibt den Stab an Anders Stokholm, Stadtpräsident von Frauenfeld.



Politische Interessenvertretung

Der Städteverband vertritt die Interessen und Anliegen der Städte, Agglomerationen und städtischen Gemeinden in der Bundespolitik. Einerseits pflegt er sein Netzwerk mit der Bundesverwaltung durch zahlreiche Treffen auf Fach- oder Direktionsebene, andererseits bringt er sich aktiv im Parlament ein. Er vertritt seine Positionen mit Schreiben an die Kommissions- und Parlamentsmitglieder, indem er an Hearings der vorberatenden Kommissionen teilnimmt und den persönlichen Kontakt zu den Parlamentarierinnen und Parlamentariern pflegt.

Die «Table urbaine», ein Netzwerktreffen zwischen Parlamentsmitgliedern und SSV-Vertreter/-innen, fand mit einer erfreulich grossen Beteiligung statt. Ein Anlass der parlamentarischen Gruppe Kommunalpolitik, der jeweils zusammen mit dem Schweizerischen Gemeindeverband durchgeführt wird, fand im Herbst zum Thema «Familienexterne Betreuung» statt. Das Treffen im Frühling musste aufgrund der damals noch unsicheren epidemiologischen Lage abgesagt werden.

Sessionsvorschau

Für alle vier Sessions veröffentlichte der SSV eine Sessionsvorschau zuhanden der Parlamentarierinnen und Parlamentarier. Diese ging auch an seine Mitglieder, Medienschaaffende und weitere interessierte Kreise. Die Sessionsvorschau beinhaltet die Haltung des Städteverbandes zu ausgewählten Geschäften, die für die urbane Schweiz von Bedeutung sind.

Vernehmlassungen

Der Städteverband nahm 2022 an insgesamt 35 Vernehmlassungen teil. ♦



Thematische Übersicht der 35 Vernehmlassungen

- Wirtschaft und Finanzen (4)
- Verkehr (6)
- Sozialpolitik und Migration (9)
- Energie und Umwelt (9)
- Digitalisierung (3)
- Weitere Themen (4)

31. August 2022

Die drohende Strom- und Gasmangellage beschäftigt die Städte: Sie nehmen ihre Verantwortung wahr und bereiten sich auf eine mögliche Energiemangellage vor. Der Städteverband informiert seine Mitglieder über mögliche Massnahmen in den Städten und unterstützt aktiv die Sensibilisierungskampagne des Bundes.





Der SSV 2022

Städtetag in Basel

Ein Höhepunkt im Jahr des Städteverbandes ist der alljährliche Städtetag: Neben der formellen Generalversammlung wird jeweils ein Thema zusammen mit zahlreichen hochkarätigen Fachpersonen vertieft. Daneben bleibt an der zweitägigen Veranstaltung Platz, um das Netzwerk zu pflegen und die Gastgeberstadt kennenzulernen. Der Anlass 2022 fand am 25. und 26. August in Basel unter dem Motto «Klimafreundliche Städte» statt.

Die Vertreterinnen und Vertreter aus Städten und weitere Fachpersonen tauschten sich unter anderem darüber aus, wie die Städte der Klimakrise begegnen können. Das Thema ist von grösster Dringlichkeit und Bedeutung: Die Hitze und die Trockenheit in diesem Jahr, die Unwetter im vergangenen Jahr – die Folgen des Klimawandels sind direkt spürbar. Viele Städte verfolgen zudem eine ambitionierte Klimapolitik. Um dem Klimawandel mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten, braucht es aber mehr: Bund, Kantone, Städte, Wirtschaft und Bevölkerung müssen als Ganzes handeln, wenn wir die Lebensgrundlagen erhalten wollen. Gast in Basel war unter anderem Bundesrätin Simonetta Sommaruga.

125-jähriges Jubiläum

Der Städteverband feierte im Berichtsjahr sein 125-jähriges Bestehen. Der Publizist, Journalist und ehemalige SRG-Generaldirektor Roger de Weck hielt in Basel

die Jubiläumsrede. Der SSV veröffentlichte zudem eine Sondernummer von REPORTAGEN, die weiterhin bestellt werden kann.

Anders Stokholm folgt auf Kurt Fluri

An der Generalversammlung des Städtetages wurde Anders Stokholm als neuer Präsident des Städteverbandes gewählt. Der Stadtpräsident von Frauenfeld tritt die Nachfolge von Kurt Fluri an, langjähriger Stadtpräsident von Solothurn. Kurt Fluri sass seit 1996 im Vorstand des Verbandes, seit 2013 präsidierte er ihn mit viel Umsicht, Engagement und Kompetenz.

Fünf neue Vorstandsmitglieder

An der GV wählten die Delegierten neben dem neuen Präsidenten vier weitere Vorstandsmitglieder: Bruno Arrigoni, Stadtpräsident von Chiasso, Franziska Stadelmann, Gemeindepräsidentin von Muttenz, Thierry Steiert, Stadtammann von Freiburg, sowie Mélanie Wyss, Stadtpräsidentin von Morges.

Mutationen auf der Geschäftsstelle

Zu Beginn des Jahres 2022 haben mit Véronique Bittner-Priez und Monika Litscher zwei neue Vizedirektorinnen die Arbeit beim Städteverband aufgenommen. Véronique Bittner-Priez war zuvor in diversen Funktionen für den Kanton Jura tätig. Monika Litscher wechselte von «Fussverkehr Schweiz», wo sie als Geschäftsleiterin amtierte, zum SSV. Die vakante Stelle für das Dossier Verkehrspolitik konnte ebenfalls anfangs Jahr mit Nathanaël Bruchez besetzt werden. Einen Wechsel gab es auch in der Kulturpolitik: Valeria Lucentini löste im Dezember Marlene Iseli ab. ♦

Sondernummer
REPORTAGEN:



Kurt Fluri (rechts) übergibt das Präsidentenamt an Anders Stokholm.

(Foto: Dominik Plüss)

Netzwerk

Der Städteverband bietet seinen Mitgliedern eine vielfältige und breite Palette an Plattformen, um sich fachlich auszutauschen oder politisch einzubringen.

Sektionen

Als rechtlich selbständige Organisationen befassen sich die Sektionen des Städteverbandes mit spezifischen Fragestellungen in ihrem Fachbereich. Sie erarbeiten z.B. fachliche Grundlagen und politische Positionen und bringen sich – in Absprache mit dem SSV – aktiv in den politischen Prozess ein.

- Konferenz der städtischen Finanzdirektorinnen und -direktoren (KSF)
- Konferenz der städtischen Sicherheitsdirektorinnen und -direktoren (KSSD)
- Schweizerischer Verband Kommunale Infrastruktur (SVKI)
- Städteinitiative Bildung
- Städteinitiative Sozialpolitik
- Städtekonferenz Mobilität (SKM)
- Städtekonferenz Kultur (SKK)

Kommissionen und Arbeitsgruppen

Die Kommissionen und ständigen Arbeitsgruppen (AG) des Städteverbandes dienen der internen Meinungsbildung und dem Meinungs- und Erfahrungsaustausch unter den Mitgliedern des Städteverbandes.

Die Energie- und klimapolitische Kommission, das Netzwerk altersfreundlicher Städte sowie die IG Grosse Kernstädte werden aus den verantwortlichen Exekutivmitgliedern aus den Städten gebildet. Die übrigen Kommissionen und Arbeitsgruppen (AG) richten sich an Fachpersonen aus der Verwaltung der Mitgliederstädte.

- AG Digitalisierung
- AG Geoinformation SSV
- AG Kommunikation
- AG Prävention und Bekämpfung von Radikalisierung und Extremismus
- AG Städtische Integrationsdelegierte
- AG Städtisches Nachtleben
- Energie- und klimapolitische Kommission
- Fachgruppe Stadt- und Gemeindeingenieure
- Netzwerk altersfreundlicher Städte
- Interessengemeinschaft Grosse Kernstädte
- Statistikkommission
- Zentrum öffentlicher Raum (ZORA) ♦



«Ich fühle mich als Städter. Ich glaube, es gibt viele Schweizerinnen und Schweizer, die sich als Städter fühlen, obwohl sie auf dem Land leben – und umgekehrt.»

Anders Stokholm, Stadtpräsident von Frauenfeld und Präsident des Städteverbandes

Organe

Vorstand

Anders Stokholm	Präsident, Stadtpräsident Frauenfeld
Sami Kanaan	Vizepräsident, Stadtrat Genf
Corine Mauch	Vizepräsidentin, Stadtpräsidentin Zürich

Bruno Arrigoni	Stadtpräsident Chiasso
Barbara Horlacher	Frau Stadtammann Brugg
Beat Jans	Regierungspräsident Basel
Grégoire Junod	Stadtpräsident Lausanne
Michael Künzle	Stadtpräsident Winterthur
Philipp Kutter	Stadtpräsident Wädenswil
Raphael Lanz	Stadtpräsident Thun
Urs Marti	Stadtpräsident Chur
Franziska Stadelmann	Gemeindepräsidentin Muttenz
Thierry Steiert	Stadtammann Freiburg
Philippe Varone	Stadtpräsident Sion
Alec von Graffenried	Stadtpräsident Bern
Mélanie Wyss	Stadtpräsidentin Morges

Geschäftsstelle

Martin Flügel	Direktor
Véronique Bittner-Priez	Vize-Direktorin, Energie- und Klimapolitik
Monika Litscher	Vize-Direktorin, Stadtentwicklung

Dominik Blumenthal	Netzwerk Lebendige Quartiere, öffentlicher Raum
Nathanaël Bruchez	Verkehrspolitik, Digitalisierung
Franziska Ehrler	Sozial- und Gesellschaftspolitik
Michael Felber	Finanz- und Wirtschaftspolitik
Christina Grab	Administration
Valeria Lucentini	Kulturpolitik, Statistik
Marc Moser	Kommunikation
Maja Münstermann	Administration
Barbara Santschi-Hutzli	Direktionsstab, Raumentwicklung
Lionel Weber	Praktikant

Kontrollstelle

Blaser Treuhand AG	Bern
---------------------------	------

5. Oktober 2022

Die Energiedebatte, der Mantelerlass und die drohende Mangellage treiben die Städte um: Der Städteverband setzt sich für einen raschen und zielgerichteten Ausbau der erneuerbaren Energien ein. Kompromisse im Landschaftsschutz sind wohl nötig, die Biodiversität soll jedoch erhalten bleiben. Es braucht dringend deutliche Anreize für die beschleunigte Installation von Photovoltaikanlagen und den Ausbau der städtischen Fernwärmenetze.



Jahresrechnung

BLASER
TREUHAND
BERN

Schweizerischer Städteverband
Monbijoustrasse 8
3001 Bern

BLASER TREUHAND AG
SCHWALZENBURGST. 265
CH-3098 KÖNIZ BERN

Telefon 031 372 11 11
Telefax 031 371 45 18
tob@treuhandbern.ch
www.treuhandbern.ch

Köniz, 27. April 2023

Bericht der Revisionsstelle zur eingeschränkten Revision

an die Delegiertenversammlung des Schweizerischen Städteverbandes, Bern.

Als Revisionsstelle haben wir die Jahresrechnung (Bilanz, Erfolgsrechnung und Anhang) des Schweizerischen Städteverbandes für das am 31. Dezember 2022 abgeschlossene Geschäftsjahr geprüft.

Für die Jahresrechnung ist der Vorstand verantwortlich, während unsere Aufgabe darin besteht, die Jahresrechnung zu prüfen. Wir bestätigen, dass wir die gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Zulassung und Unabhängigkeit erfüllen. Eine Mitarbeitende unserer Gesellschaft hat im Berichtsjahr bei der Buchführung mitgewirkt. An der eingeschränkten Revision war Sie nicht beteiligt.

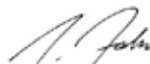
Unsere Revision erfolgte nach dem Schweizer Standard zur Eingeschränkten Revision. Danach ist diese Revision so zu planen und durchzuführen, dass wesentliche Fehlaussagen in der Jahresrechnung erkannt werden. Eine eingeschränkte Revision umfasst hauptsächlich Befragungen und analytische Prüfungshandlungen sowie den Umständen angemessene Detailprüfungen der beim geprüften Unternehmen vorhandenen Unterlagen. Dagegen sind Prüfungen der betrieblichen Abläufe und des internen Kontrollsystems sowie Befragungen und weitere Prüfungshandlungen zur Aufdeckung deliktischer Handlungen oder anderer Gesetzesverstösse nicht Bestandteil dieser Revision.

Bei unserer Revision sind wir nicht auf Sachverhalte gestossen, aus denen wir schliessen müssten, dass die Jahresrechnung nicht dem schweizerischen Gesetz und den Statuten entspricht.

Blaser Treuhand AG



Roger Nietlispach
Dipl. Wirtschaftsprüfer
Zugel. Revisionsexperte
Leitender Revisor



Jürg Zahler
Dipl. Experte in
Rechnungslegung
und Controlling
Zugel. Revisionsexperte

Beilage Jahresrechnung

KOMPETENZ IM ZENTRUM

Mitglied des Schweizerischer
Treuhanderverbandes
TREUHAND | SUISSE

Erfolgsrechnung

	2022		2021	
	CHF	%	CHF	%
Ertrag				
Mitgliederbeiträge	2 161 662.20		2 163 404.80	
Verwaltungskostenbeiträge	198 966.20		198 966.20	
Projekte und übrige Erträge	193 457.84		185 772.18	
Total Ertrag	2 554 086.24	100	2 548 143.18	100
Aufwand				
Vorstand / Sitzungen / Kommissionen	104 047.90	-4,1	100 299.43	-3,9
Sachaufwand	801 482.56	-31,4	711 828.09	-27,9
Personalaufwand	1 664 723.47	-65,2	1 727 051.40	-67,8
Total Betriebsaufwand	-2 570 253.93	-100,6	-2 539 178.92	-99,6
Ausserordentlicher Erfolg	22 897.15	0,9	0.00	0.00
Jahresgewinn	6 729.46	0,3	8 964.26	0,4

Bilanz

	2022		2021	
	CHF	%	CHF	%
AKTIVEN				
Umlaufvermögen				
Flüssige Mittel	2 980 932.86		3 052 392.54	
Forderungen aus Lieferungen / Leistungen	2 000.00		13 630.00	
Übrige kurzfristige Forderungen	71 179.97		70 523.22	
Aktive Rechnungsabgrenzung	76 770.00		78 839.60	
	3 130 882.83	97,9	3 215 385.36	98,0
Anlagevermögen				
Finanzanlagen	65 749.45		65 720.55	
Sachanlagen	2.00		2.00	
	65 751.45	2,1	65 722.55	2,0
Bilanzsumme	3 196 634.28	100	3 281 107.91	100
PASSIVEN				
Fremdkapital				
Verbindlichkeiten aus Lieferungen / Leistungen	33 931.79		152 354.18	
Übrige kurzfristige Verbindlichkeiten	243 994.81		258 483.96	
Passive Rechnungsabgrenzungen	103 972.90		52 264.45	
Total Fremdkapital kurzfristig	381 899.50		463 102.59	
Rückbehaltene Sachkosten	1 336 000.00		1 346 000.00	
Total Fremdkapital Langfristig	1 336 000.00		1 346 000.00	
	1 717 899.50	53,7	1 809 102.59	55,1
Eigenkapital	1 478 734.78	46,3	1 472 005.32	44,9
Bilanzsumme	3 196 634.28	100	3 281 107.91	100

19. Dezember 2022

Der Städteverband publiziert ein viel beachtetes Positionspapier zur Stadtentwicklung und Lärm-bekämpfung in den Städten. Denn Lärm ist lästig, schadet der Gesundheit, ist schlecht für die Wirtschaft und behindert die urbane Entwicklung. Hauptverursacher ist der Strassenverkehr. Die beste Lösung: Tempo 30 in den Städten als Norm.



Mitglieder

Aarau	Kloten	Rorschach
Adliswil	Köniz	Sarnen
Aesch BL	Kreuzlingen	Schaffhausen
Affoltern am Albis	Kriens	Schlieren
Aigle	Küsnacht ZH	Schwyz
Altdorf	La Chaux-de-Fonds	Siders
Altstätten	La Tour-de-Peilz	Sitten
Amriswil	Lancy	Solothurn
Appenzell	Langenthal	Spiez
Arbon	Lausanne	St.Gallen
Arosa	Le Grand-Saconnex	St. Moritz
Baden	Le Locle	Stäfa
Basel	Lenzburg	Steffisburg
Bassersdorf	Liestal	Sursee
Bellinzona	Locarno	Thalwil
Bern	Lugano	Thun
Biel-Bienne	Luzern	Urdorf
Binningen	Lyss	Uster
Birsfelden	Martinach	Uzwil
Brig-Glis	Meilen	Vernier
Brugg	Meyrin	Versoix
Buchs SG	Monthey	Vevey
Bülach	Montreux	Villars-sur-Glâne
Bulle	Morges	Wädenswil
Bussigny	Moutier	Wallisellen
Burgdorf	Münsingen	Weinfelden
Carouge	Murten	Wettingen
Chiasso	Muttenz	Wetzikon ZH
Chur	Neuenburg	Wil SG
Delsberg	Neuenstadt	Willisau
Dietikon	Nyon	Winterthur
Dübendorf	Olten	Wohlen
Emmen	Onex	Worb
Frauenfeld	Opfikon	Yverdon-les-Bains
Freiburg	Ostermundigen	Zofingen
Freienbach	Payerne	Zuchwil
Genf	Plan-les-Ouates	Zug
Gland	Prilly	Zürich
Glarus	Pully	
Gossau SG	Rapperswil-Jona	Gemeindepräsidentenverband
Grenchen	Regensdorf	Kanton Zürich (ohne Stimmrecht)
Herisau	Reinach BL	
Horgen	Renens VD	
Illnau-Effretikon	Rheinfelden	
Interlaken	Riehen	
Ittigen	Romanshorn	

